

Europa soll eine Einheit werden: nicht in der farblosen Gleichheit eines nivellierenden Dirigismus, sondern gerade in der Verschiedenheit.

Leo Tindemans

Europäische Perspektiven

Es sind vor allem zwei Entwicklungen, die derzeit für Bewegung auf der europäischen Szene sorgen und dies aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren tun werden. Zum einen bereiten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf den europäischen *Binnenmarkt* vor, der 1992 in vollem Umfang Wirklichkeit werden soll. Der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital in den zwölf Ländern der Gemeinschaft wird deren wirtschaftliche Integration zweifellos ein beträchtliches Stück voranbringen. Gleichzeitig steht die Frage nach dem künftigen Platz der sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas im „europäischen Haus“ auf der Tagesordnung, wobei bei dieser Entwicklungslinie weit größere Unwägbarkeiten im Spiel sind als beim Weg der EG-Mitglieder zum europäischen Binnenmarkt. Die *Bundesrepublik* steht stärker als andere Staaten des freien Europa im Schnittpunkt der beiden Entwicklungen, die jeweils auf ihre Weise das Bild Europas verändern werden. Sie hat eine besondere Beziehung zur DDR als dem zweiten deutschen Staat, sieht sich aber gleichzeitig als ein Motor für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

Als Wirtschaftsgemeinschaft eine Selbstverständlichkeit

Wenn von dieser Gemeinschaft die Rede ist, fallen den meisten Bürgern nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch anderer Mitgliedsländer wahrscheinlich zunächst einmal ergebnislose Nachtsitzungen, kleinliche Auseinandersetzungen um landwirtschaftliche Marktordnungen und unbefriedigende Minimalkompromisse ein. Die Brüsseler Bürokratie mit ihren unzähligen Vorschriften und Verordnungen zieht das allgemeine Mißtrauen gegenüber schwer durchschaubaren Verwaltungsstrukturen noch stärker auf sich als die nationalen Instanzen. Aber das vielfach nicht besonders gute Image der europäischen Institutionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gemeinschaft gegenwärtig in keinem ihrer Mitgliedstaaten

ernsthaft zur Disposition steht. Das nimmt auch nicht wunder: Schließlich hat sich die Zusammenarbeit in der inzwischen auf zwölf Mitglieder angewachsenen Gemeinschaft ungeachtet aller Rückschläge und Schwierigkeiten (man denke nur an die Probleme mit dem Agrarmarkt) bewährt, profitieren alle Mitgliedstaaten – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß – von der bisher erreichten wirtschaftlichen Integration. *Europa als Wirtschaftsgemeinschaft* ist in den dreißig Jahren seit Abschluß der Römischen Verträge zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Damit ist noch nicht gesagt, daß es den EG-Mitgliedstaaten bzw. der Kommission wirklich gelingen wird, alle Hindernisse auf dem Weg zum Binnenmarkt bis zum geplanten Termin aus dem Weg zu räumen. Es geht dabei ja um Hunderte von Einzelbestimmungen, bei denen jeweils ein Interessenausgleich zwischen den Mitgliedstaaten erzielt werden muß. Aber man kann davon ausgehen, daß auch in den kommenden Jahren die Wirtschaft der entscheidende Faktor für das weitere Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft sein wird. Auf anderen Gebieten, die durch die „Einheitliche Europäische Akte“ von 1985 in den Aufgabenkatalog der Gemeinschaft aufgenommen wurden, sind noch erhebliche Probleme zu bewältigen: So ziehen die EG-Mitglieder in der *Umweltpolitik* noch längst nicht an einem Strang; gerade die beiden Nachbarländer Bundesrepublik und Frankreich liegen hier (wie auch in der Energiepolitik) weit auseinander.

Wenn in wenigen Jahren Personen, Waren und Dienstleistungen in der Europäischen Gemeinschaft, zwischen Jütland und der Algarve, Irland und dem Peloponnes, frei verkehren und die Bürger der EG-Mitgliedstaaten noch deutlicher als bisher die wirtschaftliche Verflechtung der Gemeinschaft zu spüren bekommen, wird das unvermeidlich auch Auswirkungen auf die Bemühungen um eine *politische Integration* haben. In den letzten fünfzehn Jahren haben sich die Mitgliedstaaten der EG mehrfach zur „Europäischen Union“ als Zielvorstellung für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft bekannt, und das Europäische

Parlament hat 1984 den Entwurf eines Vertrags zur Gründung einer solchen Union beschlossen. Mit einem entscheidenden Durchbruch in Richtung politische Integration ist aber in absehbarer Zeit kaum zu rechnen: In einigen Mitgliedstaaten bestehen grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Übertragung weiterer Befugnisse an die Gemeinschaft und der damit verbundenen Einschränkung nationaler Souveränität. In der *Außenpolitik* der EG-Mitglieder haben ungeachtet vielfältiger Koordinierungs- und Konsultationsmechanismen vielfach doch nationale Interessen und Gesichtspunkte den Vorrang. Bezüglich einer stärkeren „Europäisierung“ der Verteidigungspolitik sind derzeit noch sehr viele Fragen offen. Je mehr Mitglieder die Gemeinschaft zählt (in absehbarer Zeit könnte die Türkei, eventuell auch Österreich dazustoßen), desto schwieriger wird es, sich über Ziele für die politische Integration zu verständigen. Unter diesen Ausspizien ist die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ bzw. die Errichtung eines europäischen Bundesstaates wenig realistische Zukunftsmusik.

Defizite beim kulturellen Austausch

Im übrigen drängen ja auch die *Bürger* der EG-Mitgliedstaaten ihre Regierungen nicht besonders massiv zu schnellen Fortschritten und qualitativen Durchbrüchen auf dem Weg zu einem nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch geeinten Europa. Von einer ausgesprochenen Europabegeisterung, von einem ausgeprägten Europabewußtsein ist bei der überwiegenden Mehrheit der EG-Bürger gegenwärtig nichts zu spüren, auch wenn man die Stimmungslage in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht einfach über einen Kamm scheren darf. Die Bürger sind zwar im allgemeinen durchaus bereit, weitere Schritte zur europäischen Integration zu akzeptieren, engagieren sich aber nicht sehr stark für die europäische Sache. Dafür können verschiedene Gründe maßgebend sein: Das Mißtrauen gegen ein Europa der Konzerne, der ungebremsten Konkurrenz und der Hochtechnologie kann ebenso eine Rolle spielen wie die Furcht vor der Einebnung regionaler Eigenarten im Zug europäischer Vereinheitlichung oder einfach nationale Empfindlichkeit, die ja in keinem Land einfach ausgestorben ist. In der Bundesrepublik ist teilweise die Sorge anzutreffen, die zunehmende Integration in der Europäischen Gemeinschaft könnte eine Lösung der deutschen Frage erschweren.

Verständnis für die Bedeutung der weiteren europäischen Integration läßt sich nicht erzwingen und auch nicht durch noch so gutgemeinte Europarhetorik herbeizubringen. Es braucht dafür vor allem auch den lebendigen *Austausch* zwischen den Sprachen, Kulturen, intellektuellen Milieus der verschiedenen europäischen Länder. Diesbezüglich sind die Dinge – durchaus verständlicherweise – im allgemeinen noch längst nicht so weit gediehen wie bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den ihr eigenen Sachzwängen. Sicher hat der moderne Massentourismus dazu beigetragen, daß heute wesentlich mehr Menschen

als früher andere europäische Länder kennenlernen; es bestehen zahlreiche Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in verschiedenen europäischen Ländern, die persönliche Begegnungen erleichtern, es gibt Kontakte zwischen Gruppen und Vereinen aller Art. Aber es fehlt oft das für ein wirklich produktives Verständnis unerläßliche Minimum an Kenntnissen über die Geschichte, die gesellschaftlichen Eigenarten, das kulturelle Profil und die geistige Prägung auch unmittelbar benachbarter Länder oder Regionen.

Trotz aller Defizite beim kulturellen Austausch: Der Rückzug in geistige Isolierung oder gar die Renaissance aggressiver Nationalismen ist bei den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und ebenso bei den übrigen Ländern des freien Europa *mehr als unwahrscheinlich*. Schließlich ist allen diesen Staaten die demokratische Regierungsform, der gesellschaftliche Pluralismus und die Verpflichtung auf die Menschenrechte als Wertfundament gemeinsam: Die autoritären Regime in Spanien, Portugal und Griechenland gehören der Vergangenheit an. Gerade deshalb verdienen die gegenwärtigen Veränderungen in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas die besondere Aufmerksamkeit der anderen europäischen Staaten. Schließlich geht es dabei nicht nur um Wirtschaftsreformen, die den ökonomischen Mechanismus durch die Förderung der Eigeninitiative und des Wettbewerbs effizienter machen sollen. Es geht auch um *Veränderungen im politischen System*, um Korrekturen an der Allzuständigkeit der marxistischen Einheitsparteien, um die Zulassung von mehr gesellschaftlich-kulturellem Pluralismus und vor allem um mehr Rechtssicherheit.

Zwar häufen sich die Ungewissheiten, sowohl im Blick auf die Sowjetunion wie auf ihre europäischen Verbündeten: Es wird sich erst zeigen müssen, wieviel Boden das wirtschaftliche und politische Reformwerk des sowjetischen Parteichefs gewinnt. Es bleibt abzuwarten, welchen Freiraum über Absichtserklärungen hinaus die östliche Vormacht ihren Verbündeten bei deren Bemühungen um Veränderung wirklich zu gewähren bereit ist und ob die Reformansätze umgesetzt werden können, ohne daß es zu sozialen oder politischen Explosionen kommt. Aber trotz aller Unsicherheiten besteht doch die Chance, daß es in den nächsten Jahren über die bisherigen Formen der Zusammenarbeit hinaus zu einer wesentlichen Auflockerung der ideologisch-politischen Trennlinie zwischen Ost und West in Europa kommt. Dadurch wird sich in jedem Fall die Frage nach Europa, nach seinen gemeinsamen Wurzeln, seinem geistigen Profil und seiner Zukunft nochmals neu stellen.

Damit sind nicht zuletzt die Christen und die *christlichen Kirchen* in Europa herausgefordert: Das Christentum ist einer der historischen Grundpfeiler europäischer Identität; der christliche Glaube ist ein Bindeglied sowohl zwischen den wirtschaftlich und politisch eng verflochtenen Ländern des freien Europas wie zwischen Ost und West. Dazu kommt, daß gegenwärtig in beiden Teilen Europas die religiös-ideologische Szene in Bewegung ist: In den

sozialistischen Staaten ist die weltanschauliche Attraktivität des Marxismus so weit gesunken, daß selbst Marxisten von einem dadurch entstandenen ideologischen Vakuum sprechen. Der Freiraum der Kirche ist teilweise schon größer geworden, zum Teil zeichnen sich weitere Erleichterungen ab. Vielfach artikulieren sich religiöse Fragen und Bedürfnisse, sowohl innerhalb wie außerhalb der christlichen Kirchen.

Europäisches Christentum ist vielgestaltig

Im westlichen Europa, wo die Kirchen ungehindert ihrem Auftrag nachgehen können, ist die Situation von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt: Die Zahl derer, die ihren christlichen Glauben praktizieren und am kirchlichen Leben teilnehmen, ist fast überall zurückgegangen; die einschlägigen Statistiken weisen meist entweder noch fallende Tendenz auf oder haben sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Es sind andererseits in so gut wie allen Kirchen und Ländern Gruppen und Bewegungen anzutreffen, die Zeitgenossen zu einer persönlichen Entscheidung für den Glauben hinführen wollen, sich um eine Intensivierung religiöser Praxis, um die Lebensgestaltung aus dem Glauben und um die Erneuerung der Kirche bemühen. Gleichzeitig hat sich außerhalb des kirchlichen verfaßten Christentums vielerorts ein bereiter Markt von religiös-weltanschaulichen Angeboten verschiedenster Couleur und Herkunft entwickelt.

Auf katholischer Seite ist bei der Suche nach einer kirchlichen Antwort auf die geistig-religiöse Situation des alten Kontinents das Stichwort „Neuevangelisierung Europas“ in den Vordergrund gerückt. Johannes Paul II. hat es verschiedentlich aufgegriffen, der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen widmete seine letzten beiden Symposien diesem Thema. Der Blick richtet sich dabei jeweils in die Vergangenheit wie in die Zukunft: Man erinnert an den konstitutiven Beitrag des christlichen Glaubens für die europäische Kultur von der Spätantike bis zur Neuzeit und appelliert gleichzeitig an die Christen Europas, sich neu auf ihren Glauben zu besinnen und ihn als Ferment zur Bewältigung der gegenwärtigen geistigen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa einzubringen.

Die Bemühungen, den christlichen Glauben auf dem alten Erdteil zu revitalisieren und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Stabilisierung Europas als Wertgemeinschaft zu leisten, hängen allerdings in der Luft, wenn nicht die *konkrete Vielfalt* in den Blick genommen wird, in der sich europäisches Christentum darstellt. Dabei ist natürlich zuallererst an das konfessionelle Spektrum zu denken: Katholiken, Orthodoxe, Anglikaner, Lutheraner, Reformierte und weitere reformatorische Denominationen. Das von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenz gemeinsam getragene Forum Pfingsten 1989 in Basel (im Rahmen des „konziliaren Prozesses“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung) wird der Öffentlichkeit die

Vielfalt der Kirchen in Europa vor Augen führen und wohl auch zeigen, wie mühsam es ist, sich in diesem Spektrum von Kirchen der verschiedenen Traditionen aus Ost und West auf gemeinsame „europäische“ Aussagen zu verständigen.

Aber auch die *katholischen Ortskirchen in Europa* unterscheiden sich in vieler Hinsicht voneinander; man braucht nur den französischen und den deutschen Katholizismus nebeneinanderzustellen, um einen Eindruck von der Vielgestaltigkeit der Kirche in Europa zu bekommen. Die Unterschiede zwischen den Kirchen zeigen sich in Theologie und Pastoral, im Staat-Kirche-Verhältnis und in der Stellung der Kirche in der Öffentlichkeit. Schon von daher läßt sich so etwas wie eine gesamteuropäische „Strategie“ zur Neuevangelisierung kaum vorstellen. Allerdings wäre für die katholischen Ortskirchen in Europa wichtig, möglichst oft und möglichst genau über den eigenen Zaun hinauszublicken. Bisher ist es auf allen Ebenen mit dem Austausch zwischen den europäischen Katholizismen nicht besonders gut bestellt. Was weiß man bei uns etwa über die Kirche in Italien oder in Spanien?

Was die Kirchen tun können

An Aufgaben, deren sich die Kirchen in Europa ungeachtet aller Unterschiede gemeinsam bzw. im Austausch miteinander annehmen könnten und sollten, fehlt es nicht. Das gilt für den Prozeß der europäischen Integration im engeren Sinn ebenso wie für das Verhältnis zwischen Ost und West. So müssen gerade die Kirchen darauf drängen, daß Europa auf dem Weg zu mehr wirtschaftlicher und politischer Einheit seine *soziale Verantwortung* angemessen wahrnimmt, nicht zuletzt gegenüber Ausländern, gegenüber volklichen Minderheiten und im Blick auf die Länder der Dritten Welt. Die Kirchen können immer wieder daran erinnern, daß Wirtschaftswachstum und technologische Durchbrüche kein Selbstzweck sein dürfen. Sie können im Austausch zwischen den verschiedenen Konfessionen wie zwischen den katholischen Ortskirchen beispielhaft zu zeigen versuchen, wie sich größere Einheit und geschichtlich-kulturelle Vielfalt zusammenbringen lassen. Für die künftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ost und West in Europa wird es wichtig sein, daß die Kirchen ihre Kontakte untereinander pflegen und weiter ausbauen und damit die ihnen angemessene Hilfestellung für mehr Verständigung leisten.

Der Beitrag der Kirchen und der Christen für die Zukunft Europas wird weithin aus kleinen, unspektakulären Schritten bestehen, und er wird nur einer unter vielen sein. Schließlich sind die Zeiten des „christlichen Europa“ im Sinn einer gesellschaftlich-geistigen Führungsrolle der Kirchen und einer unangefochtenen kulturellen Dominanz des Christentums unwiederbringlich vorbei. Wie christlich das zukünftige Europa sein wird, hängt letztlich davon ab, wie sehr die Christen ihren Glauben ernst nehmen und ihn als Europäer zu leben versuchen. Es ist an ihnen, die verbreitete Rede von einem müde gewordenen europäischen Christentum Lügen zu strafen. *Ulrich Rub*